



Schwarzwälder Bote, FDS , Horb , Schramb. , Calw , Nagold   
 Südwestpresse   
 Schwäbische Zeitung   
 Sonstige

Datum:

26.7.09

# Eine gerechte Behandlung der Bürger wollen sie alle

## Bundestagskandidaten diskutieren bei Veranstaltung der Industriegewerkschaft Metall im Sporttreff in Glatten

Von Gabriele Adrian

Region. Nahezu voll besetzt war der Glattener Sporttreff. Die Industriegewerkschaft Metall (IGM) hatte zur Diskussionsrunde mit den Bundestagskandidaten für die Wahl im September eingeladen. Groß waren das Interesse und die Diskutierfreudigkeit der Besucher.

Den Fragen von Versammlungsleiter Martin Spreng, Regionsvorsitzender DGB Nordschwarzwald, stellten sich Saskia Esken (SPD), Charlotte Michel-Biegel (Bündnis 90/Die Grünen), Reinhard Freitag (FDP) und Franz Groll (Die Linke). Reiner Neumeister, Erster Bevollmächtigter der IGM in Freudenstadt, nahm als Vertreter der Gewerkschaft ebenfalls an der Diskussion teil.

Nach einer kurzen Vorstellung der Kandidaten wurde

zunächst das Thema Gerechtigkeit in der Gesellschaft erörtert. Es ging um Arbeitsplatzzerhaltung, Kündigungsschutz, Mindestlöhne und nicht zuletzt um die Finanzkrise. Sehr weit waren die Stellungnahmen der Kandidaten vor dem Gewerkschaftspublikum eigentlich nicht auseinander. Alle wollten die gerechte Behandlung aller Bürger, Saskia Esken forderte vehement die Einführung von Mindestlöhnen und war der Meinung, dass dies keinesfalls der Beschäftigung schade.

Reinhard Freitag regte eine Regulierung der Finanzmärkte auf internationaler Ebene an, verurteilte antikapitalistische Modelle zum Scheitern und wollte der Forderung von Mindestlöhnen nicht zustimmen. Charlotte Michel-Biegel plädierte für die Stärkung der Infrastruktur, und Franz Groll wollte für Hartz-IV-Empfän-



Die Diskussionsrunde (von links): Franz Groll (Die Linke), Saskia Esken (SPD), Martin Spreng (Regionsvorsitzender DGB Nordschwarzwald), Charlotte Michel-Biegel (Bündnis 90/Die Grünen), Reinhard Freitag (FDP) und Reiner Neumeister, Erster Bevollmächtigter der IG-Metall Freudenstadt. Foto: Adrian

ger eine monatliche Unterstützung in Höhe von 500 Euro erreichen und einen Mindeststundenlohn von 7,50 Euro. »Von Arbeit muss man leben können, aber ohne Arbeit auch«, sagte der Kandidat der Linken.

Die Rente ab 67 war ein Thema, das bei Zuhörern und Kandidaten große Empörung

hervorrief. »Ich finde es unerträglich, dass mein Kind keinen Arbeitsplatz findet, und ich aber bis zum Alter bis 67 arbeiten muss!«, empörte sich Michel-Biegel unter großem Applaus der Anwesenden. Die mehr als zweistündige Diskussion ging auch um Themen wie Schule und Bildung, Familie und Beruf. Alle waren

sich einig, dass Kindergärten, Schulen und Studium kostenfrei für die Eltern zu sein haben und man in Bildung investieren müsse. Reiner Neumeister legte für alle Fragen die Meinung der Gewerkschaft dar und forderte unter anderem eine Vergesellschaftung der Banken und der Schlüsselindustrien.